Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Bestellung 2,75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Bestellgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Nr. 5382 des amtl. Zeit.-Verz.

Für die Redaktion verantwortlich: Hans Paulus in Halle.

[Fernsprechverbindung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg 2c. Anschluß-Nr. 176.

Saale-Zeitung.

Dreißigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltzeile oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 60 Pfg.
Erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

[Der Nachdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 44. Halle a. d. Saale, **Montag den 27. Januar.** **1896.**

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

Wildparkstation, 26. Jan. Der Kaiser traf hier heute vormittag kurz vor 11 Uhr ein und begab sich sofort nach dem Neuen Palais. In der Begleitung Sr. Majestät befanden sich Prinz Friedrich Leopold, Prinz Albrecht mit seinen beiden Söhnen, Prinz Aribert von Anhalt, der Kriegsminister, Bronsart von Schellendorf, der Chef des Militärkabinets, Excellenz v. Hahnke und eine Anzahl Generale. Im Sterbezimmer Kaiser Friedrich's III. fand die Nagelung und die Weihe der dem Lehrinfanterie-Bataillon und dem Leibkürassier-Regiment Großer Kurfürst (Schlesisches) No. 1 zu verleihenden Fahne bezw. Standarte statt. Nach Vollzug des Weiheaktes wurden die Feldzeichen mit Eichenlaub geschmückt. Inzwischen hatte das Lehrinfanterie-Bataillon in einem offenen Viereck auf der Moyke Aufstellung genommen. Der Kaiser stieg zu Pferde, ritt in das Viereck hinein und hielt eine Ansprache, welche von Oberstlieutenant v. Uslar mit einem Hoch auf Se. Majestät erwidert wurde. Nachdem das Bataillon sich hierauf zum Parademarsch formirt hatte, begleitete der Kaiser dasselbe nach der Kaserne und nahm im Offizierkasino ein Frühstück ein. Nachmittags 2 Uhr fuhr der Kaiser nach Berlin zurück.

Abends 7 Uhr empfing der Kaiser den Kaiserlich Russischen Botschafter Grafen v. Osten-Sacken, um aus dessen Händen ein Handschreiben des Kaisers von Rußland mit Glückwünschen zum Geburtsfeste und ein Oelbild als Geburtstagsgeschenk des Kaisers von Rußland entgegenzunehmen, welches den Kieler Hafen bei der Eröffnungsfeier des Kaiser Wilhelm-Kanals in dem Augenblick darstellt, als S. M. Yacht „Hohenzollern" das russische Admiralsschiff „Kaiser Alexander II." passirt.

München, 26. Jan. Der Prinzregent veranstaltet morgen zum Geburtstage des Kaisers eine Galatafel, wozu die Mitglieder der hiesigen preußischen Gesandtschaft, die hier wohnenden preußischen Generale usw. geladen sind.

Das Bürgerliche Gesetzbuch im Reichstage.

Der Seniorenkonvent des Reichstages hat beschlossen, daß die erste Berathung des Bürgerlichen Gesetzbuches am Montag, den 3. Februar, beginnen soll. Das Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch ist dem Reichstage zugegangen.

Deutschland und Venezuela.

Laut hamburger Blättern schweben schon seit Jahresfrist Unterhandlungen zwischen dem Auswärtigen Amte in Berlin und der Regierung von Venezuela wegen der an letztere von der Verwaltung der Großen Venezuela-Eisenbahn-Gesellschaft gerichteten, aus dem Bahnbau herrührenden Geldforderungen, deren Begleichung nicht zu erzielen ist. Gutem Vernehmen der „Nat.-Ztg." nach war die letzte Antwort Venezuelas auf die deutschen Reklamationen wegen der Zahlung der Eisenbahnschuld unbefriedigend. Daraufhin ist der deutsche Gesandte in Caracas, Graf Rex, mit der Ueberreichung einer die Erfüllung der diesseitigen Forderungen urgirenden Note beauftragt worden.

Unser juristischer Nachwuchs.

Nach dem Berichte der Justizprüfungskommission wurden von der Gesammtzahl der Prüfungskandidaten 16 verschiedener Ursachen wegen vorweg zurückgewiesen und von den übrigbleibenden 616 geprüft. Von diesen bestanden mit „gut" 72 (gegen 71 im Jahre vorher), 435 mit „ausreichend" (gegen 361 im Jahre vorher); mit Auszeichnung bestand in dem Berichtsjahre keiner, während im Jahre vorher einem Prüfling dieses Prädikat zu theil geworden war. Die Prüfung bestanden also nicht 109 (gegen 93 im Vorjahre). Nach Prozenten haben 82,3 Proz. die Prüfung bestanden. Von besonderem Werthe sind die Bemerkungen des Präsidenten der Prüfungskommission über die von ihm gemachten Beobachtungen. In denselben wird, nach der „N. A. Z.", gesagt:

Die Ausbildung der Kandidaten ist nach meiner Wahrnehmung wesentlich auf dem nämlichen Standpunkt verblieben wie in den Vorjahren. Nur scheint mir der Gegensatz zwischen den Leistungen in den schriftlichen Arbeiten und der mündlichen Prüfung sich eher zu verschärfen als auszugleichen, indem den schriftlichen Arbeiten auch solcher Kandidaten, welche in der mündlichen Prüfung erfreuliche Kenntnisse zeigen, merkbare, bisweilen geradezu unbegreifliche Mängel anhaften. Bei weitem die meisten der von der Justizprüfungskommission für Probereferationen ausgewählten Prozesse bieten einen thatsächlichen Streitstoff mäßigen Umfanges, so daß vom Standpunkte des in der Praxis stehenden Richters zur Bearbeitung eines solchen Prozesses kaum jemals drei Wochen für erforderlich anzusehen wären. Und doch erscheint den Kandidaten, wie ich mir in früheren Berichten hervorzuheben erlaubte, und wie ich gegenwärtig noch fortwährend wahrnehme, diese Frist vielfach zu kurz. Inzwischen habe ich ersehen, daß die Klage über die den Kandidaten mangelnde Befähigung, in nicht allzu langer Zeit eines Aktenstückes Herr zu werden, beinahe so alt ist wie die Prüfungskommission selbst, und daß diese Klage vor mehr als hundert Jahren überhaupt den ersten Anlaß gegeben hat, der Bearbeitung von Probereferationen eine bestimmte Frist zu setzen. Im Jahre 1777 bereits erging seitens des Großkanzlers v. Fürst ad mandatum regis folgendes Reskript an die Prüfungskommission: „Es scheint fast zur Gewohnheit zu werden, daß die . . . Kandidaten viele Wochen und Monate zubringen, ehe sie aus denen ihnen zugestellten Akten die angefertigten Probereferationen überreichen und dadurch, zumal die aus anderen Provinzen anhero kommenden, den ihren Eltern und Pflegern sehr kostbar fallenden Aufenthalt ohne Noth verlängern. Diesem Mißbrauch Einhalt zu thun, befehlen Wir Euch hiermit in Gnaden: Zuförderst keinen der Examinandorum eher zum mündlichen Examino zu verstatten, ehe er nicht seine Probereferationes überreichet. Zweitens zu einer jeden Relation nicht mehr als höchstens vier Wochen Zeit zu verstatten, acta sodann wieder zurückzufordern und davon zu berichten, indem wer nicht binnen vier Wochen, von aller anderen Arbeit dispensirt, auch in der wichtigsten Sache eine Probereferation anfertigte, bei den größten Fähigkeiten wegen Mangel der dazu unumgänglich nothwendigen Arbeitsamkeit zu einer Justizbedienung unfähig ist. Die einzige zulässige Ausnahme ist Krankheit, welche Ihr aber Euch durch ein beglaubtes Zeugniß eines Medici beglaubigen lassen müßet . . ."

Eine Frauen-Petition zum Bürgerlichen Gesetzbuch.

Ein ernsthafter Vorstoß gegen das Bürgerliche Gesetzbuch in seiner jetzigen Gestalt scheint von der deutschen Frauenwelt unternommen werden zu sollen. Jüngst wurde in München in einer Versammlung eine Resolution angenommen gegen die unwürdige Stellung, wie sie der Entwurf des neuen Bürgerlichen Gesetzbuches der deutschen Frau zuweist. Unter den Unterzeichnern dieser Resolution befinden sich Franz v. Lenbach, Dr Paul Heyse, E. v. Wolzogen, Herm. v. Lingg, Geheimrath v. Winckel 2c. Bei der weittragenden Bedeutung dieser Resolution für die gesammte deutsche Frauenwelt, wie für die künftige Gestaltung des Familienrechtes veröffentlichen wir sie nachstehend. Wer mit der Petition einverstanden ist, theile dies mit an Frau Helene Böhlau in München, Blüthenstr. 19, oder an Herrn Felix Heinemann, Charlottenburg, Knesebeckstr. 4, oder an Frau Schulrath Cauer in Berlin, Nettelbeckstr. 21.

Die Petition lautet:

„Wir protestiren dagegen, daß in Bezug auf die Frau die künftige Reichs-Civilgesetzgebung auf einem anderen Standpunkte steht, wie die Strafgesetzgebung, nämlich auf dem Standpunkte einer Unterscheidung der Geschlechter, welche das Strafrecht nicht kennt.

(Anm.: Das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich zieht jede Frau für ein begangenes Delikt zur Verantwortung und straft sie wie jeden Mann, es erkennt also der Frau volle und unbeschränkte Handlungsweise zu und läßt alle Wirkungen ihrer Handlungen zu Recht bestehen. Im Bürgerlichen Gesetzbuch mangelt dagegen diese Gleichstellung. Die verheirathete Frau soll nämlich nicht befugt sein, ohne Einwilligung ihres Gatten über ihre Person oder ihr Vermögen zu disponiren. Rechtsgeschäfte, die sie trotzdem in Bezug darauf vornimmt, können vom Manne in ihren rechtlichen Wirkungen wieder aufgehoben werden. Sie hat also die vollen Pflichten eines verantwortlichen Menschen ohne die entsprechenden Rechte.)

Wir protestiren im speziellen dagegen, daß — außer in wenigen, besonders normirten Fällen — die Frau von der Vormundschaft ausgeschlossen werden soll.

Wir protestiren gegen die Ausschließung der Frau vom Familienrath.

Wir protestiren dagegen, daß der verheiratheten Frau civilrechtliche Beweisgründe genommen werden, deren die unverheirathete theilhaftig ist.

Wir protestiren im Speziellen dagegen, daß die Handlungsfähigkeit der verheiratheten Frau dadurch beeinträchtigt werde, daß der Mann seine Einwilligung zu jedem von ihr vorzunehmenden Rechtsgeschäft geben muß, resp. das ohne dieselbe Vorgenommene annullirt kann.

(Anm.: Die Frau kann allerdings in Bezug auf ihr Vorbehaltsgut gültige Rechtsgeschäfte vornehmen. Vorbehaltsgut ist aber nicht identisch mit eingebrachtem Gute, sondern in den Paragraphen 1266—69 so eng begrenzt und durch weitere Bestimmungen so beschränkt, daß die Verfügungsfreiheit darüber wenig praktische Bedeutung hat.)

Wir protestiren dagegen, daß das Vermögen und unter Umständen auch der Erwerb der Frau nach dem gesetzlichen Güterrechte der Verwaltung, Nutznießung und dem Besitze des Mannes unterstellt werde.

Wir protestiren dagegen, daß die rechtlichen Wirkungen der Ehe für die Frau anders normirt sind wie für den Mann, und daß die Frau nur durch Ausnahmeverträge eine vermögensrechtliche Gleichstellung erlangen kann.

Wir protestiren gegen das gesetzliche Güterrecht als unsittlich, indem es die Ehe zu einem Erwerbsgeschäft für den Mann stempelt, und verweisen darauf, daß alle civilisirten Nationen in ihrer modernen Gesetzgebung die Gütertrennung als gesetzlichen Güterstand theils besitzen, theils anstreben, so Belgien, Holland, England, Skandinavien, Amerika, Schweiz, Rußland u. a. Wir machen darauf aufmerksam, daß auch in vielen deutschen Distrikten jetzt Gütertrennung besteht und daß für diese die Fassung des gesetzlichen Güterrechtes des Entwurfes einen direkten Rückschritt bedeutet. Wir verweisen insbesondere auf das englische Gesetz von 1882 „Married women's property act" (45 und 46 Victoria, Ch. 75).

Wir protestiren endlich gegen die Behauptung, die früher vielleicht berechtigt war, heute aber ein Vorurtheil darstellt, daß die deutsche Frau wegen sozialer Unreife weniger als Frauen anderer Nationen zu gesetzlich günstigerer Stellung berechtigt sei, und insbesondere dagegen, daß die Nothwendigkeit einer Gesetzgebung, welche denjenigen anderer Nationen nachsteht, begründet werde mit dieser angeblichen sozialen Inferiorität der deutschen Frauen, d. i. des größeren Theiles der deutschen Nation!"

Gesetzliche Wahlpflicht.

Die Einführung der Wahlpflicht bei den Reichstagswahlen empfiehlt der frühere Minister des Innern, Herrfurth, in einem Aufsatz in der „Deutschen Juristen-Zeitung." Bekanntlich hat Herr Herrfurth in der vorigen Nummer des Blattes sich gegen die Aenderung des Reichswahlrechtes ausgesprochen. Als Ergänzung desselben schlägt er Bestimmungen vor, wonach jeder Wahlberechtigte am Wahltage zu erscheinen hat, sich beim Wahlvorstand zu melden und seine Stimme abzugeben hat. Wer ohne genügende Entschuldigung ausbleibt, wird mit einer Geldstrafe von 50 Mark bestraft. Auf Antrag des Bestraften kann diese Strafe herabgesetzt werden, sofern der von demselben an Staats-Personalsteuer zu entrichtende Jahresbetrag die Summe von 50 Mark nicht erreicht. Die Namen der Bestraften sind in ortsüblicher Weise bekannt zu geben. Herr Herrfurth nimmt in der Begründung dieses Vorschlages an, daß durch Einführung der Wahlpflicht die Zahl der Stimmen um 20 bis 25 Proz. der Wahlberechtigten zunehmen würde. Er hält die Annahme nicht für zutreffend, daß die neu hinzutretenden Stimmen fast ausschließlich den antisozialdemokratischen Parteien zufallen würden. Wenngleich es richtig ist, daß die Sozialdemokraten einerseits in der Aufstellung von Zählkandidaten, andererseits in der straffen Parteiorganisation, welche die thatsächliche Abgabe der Wahlstimme zur Parteisache macht, ja bisweilen zu einer Art von Sport ausgestattet, allen anderen Parteien weit voraus sind, so erscheint doch die Auffassung, daß die Sozialdemokraten schon jetzt ihre Anhänger bis auf den letzten Mann zur Wahlurne bringen, und daß sich dort nicht nur die überzeugten Parteigenossen, sondern auch alle sozialdemokratisch nur Angehauchten ohne Ausnahme ein Rendezvous geben, etwas zu weitgehend. Auch von denjenigen, welche zur Zeit dem Wahlakte fern bleiben, wird ein Theil sozialdemokratisch gesinnt oder sozialdemokratisch angehaucht sein, und nur aus Indolenz und Bequemlichkeit oder aus sonstigen persönlichen Gründen sich der Wahl enthalten haben. Freilich muß zugegeben werden, daß diese Indolenz und Bequemlichkeit bei den Anhängern der anderen Parteien in viel höherem Maße hervorzutreten pflegt, und daß von denjenigen Wahlberechtigten, welche sich bisher von dem Wahlakte fern gehalten haben, ein viel geringerer Bruchtheil für sozialdemokratische Kandidaten stimmen wird, als von denjenigen, welche bisher von ihrem Wahlrechte thatsächlich Gebrauch gemacht haben. Es wird deshalb, wenn sich auch die Folgen der Einführung einer gesetzlichen Wahlpflicht von vornherein nicht mit Sicherheit ziffernmäßig feststellen lassen, doch mit einem hohen Grade von Wahrscheinlichkeit angenommen werden können, daß sie sich im obigen Sinne als günstig erweisen und eine Zurückdrängung der Sozialdemokratie im Reichstage bewirken werde. Es wird sich deshalb empfehlen, mit der Einführung der gesetzlichen Wahlpflicht für die Reichstagswahlen, welche einem prinzipiellen Widerspruche in keiner Partei wird begegnen können und auch in dem jetzigen Reichstaage durchzusetzen sein dürfte, vorzugehen.

Deutsch-nationale Kampfspiele.

Der Centralausschuß zur Förderung der Jugend- und Volksspiele in Deutschland hat sein Programm erweitert und auch Bestrebungen zur Veredelung der deutschen Volksfeste in dasselbe aufgenommen. Eine von dem Ausschuß im Jahre 1894 ausgeschriebene Preisfrage: „Wie sind die öffentlichen Feste des deutschen Volkes zeitgemäß zu reformiren und zu wahren Volksfesten zu gestalten?" hat ein überaus reiches Material zu Tage gefördert, indem 42 Preisarbeiten eingingen, von denen drei prämiirt wurden und weitere drei eine ehrende Anerkennung fanden. Aber auch viele der übrigen Schriften enthielten beachtenswerthe Anregungen. Die erste Preisschrift, von Oberlehrer Dr Witte-Braunschweig, wird in dem im März erscheinenden V. Jahrbuch für Jugend- und Volksspiele, herausgegeben von E. von Schenckendorff und Dr med. Schmidt (Voigtländer, Leipzig), veröffentlicht; die anderen beiden, von Hofrath Dr Rolfs in München, und, in gemeinsamer Arbeit, von Dr Hermann Stöckel und Eduard Walther, ebenfalls in München, werden demnächst im Buchhandel erscheinen. Zur weiteren Verfolgung und praktischen Verwerthung der angeregten Ideen hat der Central-Ausschuß einen aus acht Mitgliedern bestehenden, unter Leitung des Dr med. Schmidt gestellten Unter-Ausschuß eingesetzt. Der Vorsitzende desselben gehört zu gleicher Zeit dem Ausschusse der deutschen Turnerschaft an.

Aus diesen Vorgängen heraus ist jetzt der Plan eines „deutschen Olympia," oder wie dies, in unsere deutsche Auffassung übertragen, besser heißen möge, eines „Nationaltages für deutsche Kampfspiele" erwachsen. Es soll dies, unter Anlehnung an das altgriechische Vorbild, eine ständige Stätte sein, wo das junge Deutschland, aus allen Volkskreisen heraus, in gewissen Zeitabschnitten sich versammelt, im edlen Wettstreit der Kräfte um den Lorbeer ringt, und in den Zwischenjahren sich für diese Kämpfe zu dem Zweck vorbereitet, die deutsche Kraft zu heben und für den Dienst des Vaterlandes bereit zu halten.

Die einleitenden Schritte zur Verwirklichung dieses Planes sind gethan. Der Centralausschuß setzte sich zunächst mit der deutschen Turnerschaft in Verbindung, welche drei Mitglieder ihres Ausschusses, den ersten Vorsitzenden Dr. med. Goetz in Leipzig-Lindenau, den Geschäftsführer Professor Dr. Rühl in Stettin und Dr. Schmidt in Bonn, deputirten. Diese traten am 20. d. M. in Berlin mit dem Vorstande des Central-Ausschusses zu einer Berathung zusammen. Hiernach wurde Leipzig als geeignetster Festort einstimmig gewählt. Die Nationaltage sollen in dreijährigen Zwischenräumen, und zwar im Juli der betreffenden Jahre, abgehalten werden. Wegen der mannigfachen und umfangreichen Vorarbeiten wurde in dieser Besprechung für den ersten Nationaltag zunächst das Jahr 1900 in Aussicht genommen. Wenn die Verhältnisse einen früheren Termin ermöglichen sollten, liegt kein Grund vor, ihn bis 1900 hinauszuschieben. Doch bleibt eine sorgfältige Vorarbeit unter allen Umständen geboten. Als Kampfspiele erachten man die verbreitesten Volksspiele, die zu Wettkämpfen sich eignen, ebenso Rudern, Ringen, Fechten, Radfahren u. a. m. Selbst dem Reinen, d. h. dem Wettreiten, würde als einer vorzüglichen Leibesübung ein Platz eingeräumt werden, wenn die äußeren Verhältnisse dies nicht verbieten sollten. Völlig ausgeschlossen erscheint das in Olympia gepflegte Fahren. Zugelassen werden nur deutsche Männer und Jünglinge, die indeß diese Leibesübungen nicht als Beruf betreiben oder betrieben haben. Die Kunst in ihren verschiedenen Gestaltungen soll das nationale Fest veredeln und sein belebendes Ornament bilden.

Aus dieser Besprechung heraus bildete sich ein Ausschuß, in welchen die obengenannten drei Delegirten der deutschen Turnerschaft, sowie seitens des Central-Ausschusses der Vorsitzende Abg. v. Schenckendorff in Görlitz, der Geschäftsführer

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18960127016/fragment/page=0001

Direktor Raydt in Hannover und der königliche Wirkliche Rath Weber in München gewählt wurden. Mit den ersten Vorbereitungen wurden die beiden genannten Vorsitzenden der deutschen Turnerschaft und des Central-Ausschusses betraut, die zunächst mit den städtischen Behörden in Leipzig in Verbindung treten, die örtlichen Verhältnisse daselbst prüfen, sowie behufs Erweiterung des Ausschusses mit anderen Verbänden, besonders aus dem nationalen Sportleben, in Verbindung treten sollen. Zu einer Mitwirkung hatte sich bereits der Vorsitzende des im November v. J. gebildeten Bundes für Sport, Spiel und Turnen, Dr. Peters, bereit erklärt.

Sonntagsruhe in der bayrischen Armee.

Das bayrische Kriegsministerium hat über die Sonntagsruhe und den Kirchenbesuch der Mannschaften einen Erlaß veröffentlicht, nach welchem an den Sonn- und Feiertagen im allgemeinen jede innere Dienstbeschäftigung zu unterbleiben hat. Alle den inneren Dienst betreffenden Arbeiten sind ausschließlich am Sonnabend nachmittag vorzunehmen, an welchem künftig in der Regel keinerlei Uebungen stattfinden sollen. An den Sonn- und Feiertagen dürfen lediglich Appelle und zwar nur insoweit stattfinden, als dies zur Aufrechterhaltung der Mannszucht oder aus anderen dienstlichen Gründen geboten erscheint.

Verschiedene Mittheilungen.

* Das gewerbliche Fachschulwesen in Preußen weist drei Kategorien von Schulen auf. Die einen werden vom Staate allein unterhalten, die zweiten vom Staate und andern gemeinschaftlich, die dritten von Gemeinden oder Vereinen, zu deren Kosten der Staat einen Zuschuß gewährt. Von der ersten Kategorie unterhält der Staat 14 Navigationsschulen und 7 Vorschulen dazu, 10 Bangewerbe- und 5 Maschinenbauschulen. Die zweite Kategorie ist die mannigfaltigste. In sie fallen 4 Baugewerkschulen, 2 Maschinenbauschulen, 10 gewerbliche und kunstgewerbliche Schulen, 2 keramische Fachschulen, je eine für Metallindustrie und für Seedampfschiffsmaschinisten, 6 höhere Webeschulen, 8 Webeschulen und die Webereilehrwerkstätten in Schlesien. Der dritten Kategorie schließlich gehören 1 Handwerkerschule und 2 Kunstgewerbeschulen an.

* Es lag ursprünglich in der Absicht, die Ausführungsanweisungen zum neuen preußischen Stempelsteuergesetz Anfangs Januar erscheinen zu lassen. Bei erneuter Durchsicht der sehr umfangreichen Arbeit hat sich aber ergeben, daß es praktischer wäre, die Ausführungsbestimmungen in zwei Theile zu scheiden, den einen für den Gebrauch des Publikums und den anderen für die Handhabung der mit der Ausführung des Gesetzes betrauten Beamten. Der für das Publikum bestimmte Theil wird binnen Kurzem zur Veröffentlichung gelangen.

* An den preußischen Küsten haben — es kommen bei dieser Statistik allerdings nur die wichtigeren Fischereistationen in Betracht — im Jahre 1894 14,902 Berufs- und 11,468 Gelegenheitsfischer unter Heranziehung von 1672 Fischerfuchten und Arbeitern die Seefischerei ausgeübt. Außer einer großen Anzahl kleinerer Fahrzeuge waren dabei für die Hochseefischerei 28 Fischdampfer in Thätigkeit, welche ausschließlich Grundschleppnetz-Fischerei mit der Kurre (Trawlnetz) betrieben. Der Hauptfang besteht aus Schellfischen, Kabeljau, Seebechten, Schollen, Rochen und Knurrhahn, außerdem aus Seezungen, Steinbutten und Kleißen. Der Fang der Fischdampfer betrug in den letzten Jahren selten über 30,000 Pfd. gegen 40,000—50,000 in früheren Jahren; der Bruttoverdienst beträgt im Durchschnitt jährlich 60,000—70,000 M., die Unkosten 50,000—60,000 M.

* Im Jahre 1894 waren in Preußen von der durch Hagelschaden beschädigten Fläche von 395,837 ha 234,941 ha oder 59 Proz. gegen Hagelschaden versichert, d. h. 8 Proz. mehr als im Vorjahre. Die für erlittene Einbußen gezahlte Entschädigung betrug 48,1 Proz. des Hagelschadens (1893: 39,5) und 10,5 Proz. der Versicherungssumme (11,1).

* Pastor Kötschke in Sangerhausen hat gegen das in der Stumm'schen Klagesache wider ihn erkannte Schöffengerichts-Urtheil Berufung eingelegt.

Braunschweig, 25. Jan. Der Landtag beschloß auf Antrag des Freiherrn von Veltheim-Destedt einstimmig, dem verstorbenen Herzog Wilhelm ein würdiges Denkmal aus Landesmitteln zu errichten. Der Staatsminister Dr. Otto erklärte kraft höchster Ermächtigung, die Regierung stimme dem Antrage freudig zu. Der Landtag wurde sodann bis zum 3. März vertagt.

Marinenachrichten. Laut telegraphischer Meldung an das Oberkommando der Marine ist S. M. S. „Arcona", Kommandant Kapitän zur See Sarnow, am 24. Januar in Manila (Philippinen) angekommen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Im ungarischen Abgeordnetenhause kam gestern die Angelegenheit des Obergespans Dr. Miklos zur Sprache, dem unlautere Betheiligung an dem Bau einer Eisenbahn vorgeworfen wurde. Der Minister des Innern Perczel erklärte sofort, er habe den Obergespan Dr Miklos am Freitag zu einer Aeußerung anläßlich der gegen ihn erhobenen Beschuldigungen aufgefordert, worauf dieser seine Demission überreicht habe. Dr Miklos wurde heute aus dem Klub der liberalen Partei und allen Kasinos gestrichen.

Der Ball der Stadt Wien nahm einen glänzenden Verlauf. Der Kaiser, die Erzherzöge Ludwig Viktor und Rainer, der Herzog von Cumberland, die Hofwürdenträger, die Minister, das diplomatische Corps, sowie zahlreiche Vertreter des Adels wohnten dem Feste bei. Nach etwa einstündigem Verweilen verließ der Kaiser den Ball, gefolgt von stürmischen Hochrufen.

Frankreich.

In der Deputirtenkammer wurde am Sonnabend die Anleihe für Tonkin in Höhe von 80 Millionen Francs angenommen.

England.

Chamberlain sagte in einer Rede auf einem von der Stadt Birmingham veranstalteten Bankett, es seien Anzeichen vorhanden, daß die Wolken am politischen Himmel sich wieder zertheilen sowohl in Bezug auf Venezuela und Armenien wie auch auf die südafrikanischen Wirren, von denen er erklärte, sie hätten das Anwachsen der guten Beziehungen zwischen dem holländischen und dem englischen Stamme in Südafrika nicht gestört, er glaube, die weise Regierungskunst werde die Beschwerden der Uitlanders beseitigen, ohne die Unabhängigkeit der Republik in Gefahr zu bringen.

Das Gerücht von einem russisch-türkischen Bündniß dementirt nunmehr auch die türkische Botschaft in London, während von anderer Seite verlautet, daß es von englischer Seite in die Oeffentlichkeit lancirt sei, um Stimmung für die geplanten erhöhten Ausgaben zu Marinezwecken zu machen.

Prinz Heinrich von Battenberg wird nach einem letztwillig ausgesprochenen Wunsche in der Kirche zu Wippingham auf der Insel Wight beigesetzt werden.

Italien.

In ganz Italien dauern die Kundgebungen anläßlich der Befreiung der Garnison von Makalle unter Huldigungen für den König und die Armee fort. Die Erlösung der Helden erweckt lebhafte Begeisterung. Das Publikum riß sich um die Extrablätter der Zeitungen, welche die neuesten Nachrichten veröffentlichten. Zahlreiche italienische Städte hatten am Sonnabend festlichen Flaggenschmuck angelegt. In mehreren Städten wurden Illuminationen veranstaltet. Am Sonntag, dem Jahrestag der Schlacht bei Dogali, fand in Rom vor dem zur Erinnerung an die Schlacht errichteten Denkmale eine Gedenkfeier statt, an welcher die Gemeindevertretung, verschiedene Vereinigungen und eine große Menschenmenge theilnahmen. Es wurden patriotische Reden gehalten und enthusiastische Kundgebungen für die in Afrika befindlichen Truppen veranstaltet. Inzwischen marschirt die Kolonne Galliano's in gutem Zustande, begleitet von Ras Makonnen und Ras Atula, die für ihre Sicherheit bürgen, nach Adahaganus weiter, wo man ihrer Ankunft mit großer Spannung entgegensieht; der Meldung eines Kundschafters zufolge rastet sie am Sonnabend in Dongolo. Lieutenant Felter ist im Lager von Mai-Megelta am Sonnabend eingetroffen und überbrachte Briefe des Negus Menelik an den König von Italien und den General Baratieri. Der Negus ersucht in denselben um Absendung eines Bevollmächtigten zum Zwecke der Friedensunterhandlungen. Er soll ferner den Befehl gegeben haben, die Straße nach Secota für den eventuellen Rückzug frei zu machen. Die Anführer der Tigriner sind wegen des Galliano bewilligten freien Abzuges sehr unzufrieden.

Zur Kapitulation von Makalle erfahren wir noch, das Ras Makonnen Zelte für die Offiziere herbeischaffen ließ und daß er ungefähr 300 Maulthiere zur Fortschaffung der Verwundeten und des Gepäcks aus Makalle bereit stellte. Diese Handlungsweise sei als eine Ehrenbezeugung und als ein Anzeichen für den Friedenswunsch des Feindes anzusehen. Die Kundschafter wollen auch an eine Freilassung der bei Amba-Aladschi gemachten Gefangenen glauben machen. Im italienischen Lager geht das Gerücht um, daß Ras Makonnen, der Galliano bekanntlich das Geleit bis zu Baratieri giebt, mit diesem eine Unterredung haben werde.

Spanien.

General Weyler hat sich am Sonnabend nach Kuba eingeschifft, um das Oberkommando zu übernehmen.

Die Bank von Spanien hat der Regierung nochmals eine Summe von 50 Millionen vorgestreckt, welche gleich den vorhergehenden Vorschüssen von 207 Millionen durch die kubanischen Bonds garantirt würden. Die Bank habe jedoch der Regierung erklärt, sie müßte nunmehr eine andere Garantie für einen weiteren Kredit finden.

Türkei.

Die mit der Vermittelung in Zeitun beauftragten Konsularvertreter der Großmächte sind am Sonnabend in Marasch eingetroffen.

Die Ernennung des bisherigen türkischen Botschafters am wiener Hofe, Ghalib-Bei, zum Botschafter in Berlin wurde in Konstantinopel offiziell bekannt gegeben.

Montenegro.

Der serbische Abgesandte, General Pawlowitsch, wurde am Sonntag von dem Fürsten Nikolaus in Anwesenheit des Erbprinzen Danilo und der übrigen Prinzen, sowie der hohen Staatswürdenträger in offizieller Audienz empfangen. General Pawlowitsch, welcher von dem Erbprinzen zu dem von seiner Krankheit noch nicht wiederhergestellten Fürsten geleitet wurde, überreichte demselben ein Schreiben des Königs Alexander von Serbien und die Insignien des St. Sava-Ordens. Nach der Audienz wurde der General Pawlowitsch der Fürstin Milena vorgestellt. Am Sonnabend abend hatte zu Ehren des Generals ein großes Bankett stattgefunden, bei welchem Trinksprüche auf König Alexander, den Fürsten Nikolaus und auf die Armeen Serbiens und Montenegros ausgebracht wurden. — Bekanntlich besteht der Gedanke, den König von Serbien mit einer Tochter der Fürstin von Montenegro zu vermählen.

Transvaal.

Ein Schreiben des ehemaligen Generalanwalts der Kapkolonie Schreiner an die holländische Zeitung „Ons land" tritt der Behauptung entgegen, daß die jüngsten Ereignisse eine Spaltung zwischen den Holländern und Engländern in Süd-Afrika herbeiführen müßten. Im Gegentheil würden sich die beiden weißen Rassen enger verbinden. Falls die Engländer ihre Vorurtheile gegen die kleinen Völker überwinden würden, so würden sie anerkennen, daß Präsident Krüger und seine Bürger, welche Jameson besiegten, für alle freien Bewohner Süd-Afrikas kämpften. Jameson's Anschlag sei das Werk den Interessen des Reiches feindlicher Spekulanten und werde von allen rechtlich denkenden Engländern verabscheut.

Der englische General-Kronanwalt und seine Unterbeamten haben keinen Anklage-Paragraphen auffinden können, unter welchem sie, nach englischem Gesetze, Dr. Jameson civil- oder kriminalrechtlich den Prozeß machen könnten. Es ist deshalb die Einsetzung einer richterlichen Kommission anempfohlen worden, deren Machtbefugnisse ähnlich der der Parnell-Kommission sein sollen. Diese Kommission wird aller Wahrscheinlichkeit nach eine Subkommission ernennen, die sich nach Südafrika begeben und an Ort und Stelle Beweisaufnahme betreffs aller den Einfall in den Transvaal berührenden Einzelnheiten erheben soll.

Venezuela.

Ein Telegramm aus Caracas meldet, daß General Uzlar von den Vereinigten Staaten dort eingetroffen sei und dem Präsidenten von Venezuela Crespo ein Schreiben des Präsidenten Cleveland überreicht habe, in welchem derselbe sich an das Volk von Venezuela mit der Bitte wendet, es möge sich während der gegenwärtigen Krise jedes gewaltthätigen Vorgehens enthalten. Ferner wird aus Caracas gemeldet, der Vizepräsident des obersten Gerichtshofes, Rojas, habe geäußert, daß Venezuela aus freien Stücken die Thätigkeit der amerikanischen Kommission unterstützen werde, indem es die auf die Grenzfrage bezüglichen Aktenstücke und Karten zur Verfügung stelle.

Deutscher Reichstag.

24. Sitzung vom 25. Januar, mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: Dr. v. Bötticher.

Eingegangen: Entwurf eines Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch nebst Materialien.

Die zweite Berathung des Etats des Reichsamts des Innern wird beim Kapitel: Allgemeine Fonds fortgesetzt.

Bei Tit. 9: Unterstützung für den deutschen Fischerei-Verein zur Förderung der künstlichen Fischzucht hebt

Abg. Frhr. **Heyl zu Herrnsheim** (natl.) die Verdienste des Fischereivereins um die Fischzucht hervor. Trotzdem habe sich im Binnengebiet, besonders infolge der starken Dampfschiffahrt, ein Rückgang des Fischreichthums herausgestellt. Namentlich fehlt es an Hechten und Karpfen. Es seien auch sowohl seitens des Reichs wie der Einzelstaaten Maßregeln dagegen ergriffen. Es sollen Salmen und Zander ausgesetzt werden, da der Salmfang zurückgegangen ist. Am Rhein sei man jetzt auf die Seefische angewiesen, während das Fischereigewerbe in einem Niedergange begriffen sei. Diesem wieder aufzuhelfen, sei Aufgabe des Fischereivereins, der er durch Einsetzung von Standfischen richtiger Qualität gerecht werden müßte. Durch Verträge, die nur den ausländischen Fischern schützen, erreiche man nichts.

Staatssekretär Dr. **v. Boetticher**: Der Vertrag mit den Niederlanden und der Schweiz sollten unsere Lachsfischerei heben und sie davor schützen, daß der Lachsfang ausschließlich in den Niederlanden stattfindet. Die Frage der Kündigung des Vertrages ist erwogen worden und hat zu dem Ergebniß geführt, ihn nicht zu kündigen, weil er auch der deutschen Fischerei Vortheile gewährt. Mag der Lachsfang in den hiesischen Gewässern fast aufgehört haben, so ist er dennoch am Niederrhein noch ergiebig genug. Kündigt man den Vertrag, der den betr. Staaten eine gewisse Zurückhaltung beim Lachsfang auferlegt, so sind wir in Bezug auf den Lachsfang zwar autonom, dasselbe trifft aber auch in Bezug auf die Holländer zu; bei ihnen würde also der Lachsfang ganz unbeschränkt sein, und es würden dann wahrscheinlich nur noch sehr spärlich Lachse zu uns kommen. Es ist auch unwahrscheinlich, daß wir bei den Niederländern günstigere Bedingungen erzielen könnten; dieselben haben vielmehr bereits bei den letzten Verhandlungen erklärt, keine Linie weiter nachgeben zu können. Für Deutschland besteht wegen seiner geographischen Lage die Gefahr, daß uns die Niederländer den Lachs ganz wegfangen. Ich möchte daher zu einer Kündigung nicht rathen.

Abg. **Prinz Schönaich-Carolath** (nl): Allerdings ist der Lachsfang im Rhein zurückgegangen. Holland hat eben den Löwenantheil an dem Vertrage davongetragen. Von dem Augenblick an, wo wir den Rhein entwölkern, haben die Holländer keine Lachse mehr. Jetzt befinden sich die Regierungen in der glücklichen Lage, daß der Vertrag abläuft; sie können also ihre Wünsche in ganz anderer Weise geltend machen. Die Regierungen mußten sich mit dem Deutschen Fischerverein in Verbindung setzen wegen Aussetzung des Zanders. Ich würde also nicht auf Aufhebung sondern auf Revision des Vertrages plaidiren.

Staatssekretär Dr. **v. Bötticher** erklärt sich bereit, mit dem Fischereiverein in der bezeichneten Richtung in Verbindung zu treten. Doch wiederhole er, daß nach Aussage des Präsidenten des Fischereivereins selber der Lachsfang sich in letzterer Zeit sehr gehoben habe.

Abg. Frhr. **Heyl v. Herrnsheim** beharrt dabei, daß wenn das auch auf eine einzelne Station (Wesel) zutreffen möge, im allgemeinen doch der Salmfang zurückgegangen sei (Zustimmung).

Abg. **Prinz zu Schönaich** ist derselben Ansicht und hofft, daß die Verhandlungen mit dem Fischereiverein ein günstiges Ergebniß haben werden.

Der Titel wird bewilligt.

Bei Titel 9a zur Förderung der Hochseefischerei erwidert auf eine Anfrage des Abg. **Metzger** (Soz.), der eine Veröffentlichung der Verwendung der Gelder angeregt hatte,

Staatssekretär Dr. **v. Bötticher**, sobald ein Gesuch um Reichsunterstützung eingehe, werden die Verhältnisse geprüft und die Gelder entweder als Darlehen, oder mit Zinsermäßigung oder à fonds perdu bewilligt. Es seien auch bisher sowohl an der Nordsee wie an der Ostsee recht günstige Erfolge erzielt; allerdings seien auch Verluste erlitten. Zu einer Veröffentlichung der Verwendung der Gelder möchte er nicht rathen, da sonst sehr leicht unliebsame Parallelen gezogen werden könnten. In jedem speziellen Falle sei er zu Auskünften gern bereit.

Der Titel wird bewilligt.

Bei Titel 12 zur Unterhaltung deutscher Postdampferverbindungen führt

Abg. Dr. **Hahn** (d. k. Fr.) Klage, wie im vorigen Jahre, über die Ueberlastung der Offiziere und Mannschaften unserer Postdampfer beim Entladen und Löschen der Dampfer. Die Entlohnung entspreche den an die Offiziere gestellten Anforderungen in keiner Weise; sie werden auch nicht mit vollem Gehalt zur Verfügung gestellt, wenn die Schiffsgesellschaften keine Beschäftigung für sie haben. Er hoffe, daß beim Norddeutschen Lloyd diese Anregung genügen werde.

Der Titel wird bewilligt.

Zu Kap. 7a Tit. 16: Zuschuß des Reichs zu den auf Grund des Gesetzes betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung zahlbaren Renten 17,977,500 M. beantragen die Abgg. Auer und Gen., die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage noch in dieser Session den Entwurf eines Gesetzes zugehen zu lassen, wodurch

a. die §§ 9, Absatz 4, 16 und 157 des genannten Gesetzes dahin abgeändert wird, daß jeder Versicherte, der das 60. Lebensjahr vollendet hat, einen Rechtsanspruch auf Altersrente erhält, und

b. der § 9, Absatz 3 des genannten Gesetzes dahin abgeändert wird, daß diejenigen Versicherten, welche in Folge ihres geistigen oder körperlichen Zustandes nicht mehr im Stande sind, sich in ihrem Beruf die Hälfte ihres bisherigen nach dem Durchschnitt der letzten drei Jahre zu berechnenden Jahresarbeitsverdienstes zu erwerben, Invalidenrente erhalten.

Dagegen beantragen die Abgg. Hitze und Gen. unter Ablehnung des Antrages Auer die verbündeten Regierungen zu ersuchen, bei der in Aussicht gestellten höchst dringlichen Revision des Invaliditätsgesetzes in besondere Erwägung auch darüber einzutreten:

inwieweit innerhalb der bestehenden Beiträge resp. bei Einstellung weiterer Annahmen zu den Reservefonds

1. eine Vereinfachung und Erleichterung der Voraussetzungen zum Bezug der Alters- und Invalidenrente sowie eine zweckmäßigere Verbindung der Kranken- und Invaliden-Fürsorge;
2. eine Erhöhung der Invalidenrente namentlich unter Berücksichtigung unversorgter Angehöriger;
3. eine Einbeziehung der Wittwen- und Waisen-Fürsorge möglich und zweckmäßig ist.

Abg. **Brühne** (Soz.) begründet die Resolution Auer. In den Kreisen der Arbeiter habe es große Mißstimmung hervorgerufen, daß zu der Konferenz wegen Abänderung des Altersgesetzes keine Arbeiter zugezogen worden seien. Das Vermögen der Alters- und Invaliditätsversicherungsanstalt werde sich am Schlusse dieses Jahres auf 450 Mill. belaufen. Solche Summen anzusammeln, sei nicht richtig, um so weniger, wenn man die Rentenberechtigten auf die Befriedigung ihrer Ansprüche warten lasse. Deshalb verlangen seine Parteien die Herabsetzung der Altersgrenze auf das 60. Lebensjahr. Wenn der Arbeiter so lange gearbeitet habe, sei er Invalide. Das 70. Lebensjahr sei viel zu hoch gegriffen. Mit 60 oder 65 Jahren bekommen keine Arbeiter mehr Arbeit. Auf keinen Fall aber dürfte man, wie das in den staatlichen Eisenbahnwerkstätten in Gießen geschehen sei, den Rentenempfängern die Rente vom Lohn abziehen (Hört! hört!) Darüber können auch keine Zweifel sein, daß die Renten viel zu

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18960127016/fragment/page=0002

niedrig sind. Eine Abänderung des Gesetzes wäre also dringend angezeigt. Das treffe auch auf die Invalidenrente zu. Die Richtung, in welcher die Abänderung erforderlich sei, sei in der Resolution angegeben. In einem Staatswesen, das so ungeheure Summen für das Militär ausgiebt, solle man, wenn man es ernst mit dem Arbeiterschutz meint, etwas Ausreichendes thun. Führe man doch die progressive Einkommensteuer ein, dann werde man auch die Mittel dazu haben. Auch die Hereinbeziehung der kleinen Handwerker in die Alters- und Invaliditätsversicherung sei dringend erforderlich. Er bitte dringend, die Resolutionen Auer anzunehmen. Die Resolution Hitze wolle ja auch eine Verbesserung des Gesetzes, sei aber nicht entschieden genug und würde zu einer Verzögerung führen.

Abg. Dr. **Hitze** (Centr.): Darin sind wir alle einverstanden, daß eine Revision des Invaliditätsgesetzes höchst dringlich ist. Es haben ja auch bereits vertrauliche Verhandlungen im Reichsamt des Innern stattgefunden. Auch die Frage der Organisation muß dabei ins Auge gefaßt werden. Die Voraussetzungen für den Bezug müssen — darin gebe ich dem Vorredner recht — vereinfacht werden. Man kann und soll auf die Beschäftigungsnachweise verzichten, und eine Erleichterung des Begriffes der Invalidität kann für den Bezug der Rente Platz greifen. Nach der heutigen Fassung des Gesetzes kommt der Arbeiter zu kurz; in den meisten Fällen wird man jetzt zu einer Ablehnung seines Antrages auf Invalidenrente kommen. Eine andere Fassung zu finden ist allerdings äußerst schwer und wird in der Kommission gefunden werden müssen. Für die Herabsetzung der Altersgrenze habe ich viel Sympathie, und ich würde dem Gedanken des sozialdemokratischen Antrages ohne weiteres zustimmen können, wenn es sich nur um die Industriearbeiter handelte. Aber was für diese paßt, paßt nicht für die landwirthschaftlichen Arbeiter. Das jetzt zwischen Kranken- und Invaliditätsversicherung oftmals entstehende Vacuum muß durch Erhöhung der Krankenversicherung auf 26 Wochen ausgefüllt werden, damit die Leute nicht der Armenpflege zur Last fallen. Schließlich bitten wir die Regierungen um Prüfung der Frage der Einbeziehung der Wittwen- und Waisenfürsorge. Es würden ja dann die Beiträge sehr steigen, aber sie würden gern bezahlt werden, wenn man sieht, wie die Fürsorge dann wirkt. Wenn die Vorlage an uns kommt, werden wir sie zu prüfen haben. Unser Antrag enthält dasselbe wie der der Sozialdemokraten, er umfaßt aber noch mehr. Ich bitte ihn daher anzunehmen.

Staatssekretär Dr. **von Bötticher**. Ich wiederhole, daß wir bereit sind, auf dem vorliegenden Gebiet fortzuschreiten und die bestehenden Fehler zu verbessern. Es entsteht nur die Frage, wie wir dabei vorzugehen haben. Wir haben die Gesetze einer Durchsicht unterzogen. Von der Presse ist angeregt worden, eine fundamentale Reorganisation vorzunehmen. Wir haben auch diese Frage erwogen und sie in der Konferenz zur Berathung gestellt. Arbeiter sind nicht zu dieser herbeigezogen worden, weil es sich in ihr zumeist um verwaltungs- und versicherungstechnische Fragen handelte. Es sollen aber auch Arbeiter befragt werden, wenn eine bestimmte Vorlage da sein wird. Ich habe gleich nach der Konferenz den Gesetzentwurf zur Revision des Altersgesetzes und alle Vorschläge zu einer Gesammtrevision der preußischen Staatsregierung vorgelegt und muß man die Antwort abwarten. Eins ist außer Zweifel, die Revision des Altersgesetzes wird immer dringlicher (Beifall), das, was der Abg. Hitze wünscht, wird unzweifelhaft ebenfalls zur Besprechung gelangen, dazu brauchen die Regierungen nicht erst aufgefordert zu werden. Nach Maßgabe der Möglichkeit seiner Durchführung wird es auch zur Berücksichtigung kommen. Die Anträge Auer kann ich, so sehr ich diese Wohlthaten dem Arbeiter gönne, nicht zur Annahme empfehlen, weil die dadurch entstehende Belastung zu groß sein würde. Die Herabsetzung der Altersgrenze würden 755 Millionen mehr in Anspruch nehmen als jetzt und diese Mehrbelastung könnte namentlich die Landwirthschaft nicht tragen. (Beifall rechts.) Die Diskussion kann heute doch nur eine akademische sein, um so mehr, als ich das in Aussicht stellen zu können glaube, daß wir noch im Laufe dieser Session vielleicht nicht zu einer vollkommen durchgearbeiteten Vorlage gelangen, aber jedenfalls werden wir uns im Schoße der verbündeten Regierungen klar darüber werden, welches Ziel unsere Abänderungs- und Verbesserungsvorschläge erstreben. Darum bitte ich, diese Diskussion nach Möglichkeit abzukürzen.

Abg. Frhr. **v. Stumm** (Rp.): Die Sozialdemokraten können uns um so weniger vorwerfen, daß wir zu wenig gegeben haben, als sie doch gar nichts gaben. Der sozialdemokratische Antrag ist gar nicht durchführbar und darum nur ein Schlag ins Wasser. Er betrifft außerdem gerade die Materien, die am wenigsten schon einer Reform bedürfen. Viel wichtiger als die Altersversicherung ist meiner Ansicht nach die Invalidenversicherung. Was den Antrag Hitze anlangt, so erfordert auch die Durchführung dieses Antrags wieder bedeutende Mehrbelastungen; Landwirthschaft und Industrie sind aber schon so stark belastet, daß man ihnen keine neuen Lasten aufbinden darf. Ich kann nur bedauern, daß wir nicht die Alters- und Invalidenversicherung ähnlich wie die Knappschaftskassen organisirt haben, dann könnte man eine als nothwendig erkannte Aenderung viel leichter durchführen, als jetzt, wo das fast unmöglich ist. Redner verbreitet sich weitläufig über die Technik der verschiedenen Arbeiter-Versicherungen und bemerkt dann: Wenn wir trotz größerer Lasten heute mit England konkurriren können, so liegt das daran, daß bei unseren Arbeitern noch eine bessere Disciplin herrscht und sie sich mehr als einen Theil der Allgemeinheit fühlen, während in England die Gewerkvereine, die trade unions, eine große Zerklüftung erzeugt haben.

Abg. **Schmidt**-Elberfeld (fr. Vg.) hält eine gewaltsame plötzliche Veränderung der Versicherungsgesetzgebung, wie sie die Resolutionen wollten, für verkehrt. Dadurch würden manche Rechte und Pflichten verletzt werden. Man könne an dem Gesetze vorläufig nur technische, und keine materiellen Aenderungen vornehmen. Die Durchführung der Resolutionen erfordert außerdem große neue Fonds und daher eine große neue Belastung. Ich kann daher augenblicklich nicht für die Resolutionen stimmen. Die Tendenz derselben billigen wir ja alle, aber man kann zu einer solchen Gesetzgebung nicht übergehen, ehe man nicht ganz genaue Berechnungen aufgestellt hat, und nur unter Berücksichtigung der dadurch nöthig werdenden größeren Belastungen.

Abg. **Hofmann** (Dillenburg, Hospitant der Nationalliberalen). Mir ist der Gedanke sehr sympathisch, die Industrien als selbständige Gruppe herauszunehmen aus der Arbeiterversicherung und dann für diese sämmtliche Versicherungen einheitlich zu gestalten. Jedenfalls müssen wir alles vermeiden, was eine Erhöhung der Beiträge nach sich ziehen würde. Sehr sympathisch ist mir auch der vom Abg. Hitze ausgesprochene Gedanke, die Invalidenrente sofort an die Krankenkasse anschließen zu lassen.

Abg. **Schall** (kons.). Wir schließen uns den Gedanken der Resolution Hitze an, aber auch wir müssen uns gegen alles erklären, was eine Erhöhung der Beiträge bewirkt. Denn die Landwirthschaft kann keine größeren Lasten mehr ertragen. Innerhalb der jetzt übernommenen Last wünschen wir aber sehr, daß eine Vereinfachung und Erleichterung im Sinne des Antrages Hitze erfolgt, da jetzt sehr große Härten vorgekommen. Manche Kreise wünschen eine Abänderung der Marken dahin, daß statt 14, 20, 28 ꝛc. Pfg. nach dem Dezimalsystem 10, 15, 20, 25 Pfg. gezahlt werden. Herr Warm sagte neulich, sobald es sich ums liebe Geld handle, höre die Religiosität auf. Damit schlagen sich die Sozialdemokraten selbst, denn bei ihnen hat die Religion schon längst aufgehört. Geschah das auch ums liebe Geld? Wenn die Sozialdemokraten sich jetzt auf den Boden der Versicherungsgesetze stellen und dazu Anträge stellen, dann pflügen sie mit unserem Kalbe.

Abg. **Gamp** (Reichsp.): Die sozialdemokratische Resolution ist ganz unannehmbar. Die Lasten sind jetzt schon für die Landwirthschaft kaum noch zu tragen. Eine Remedur muß unbedingt auch dahin geschaffen werden, daß den Versicherungsanstalten in ländlichen Bezirken, die jetzt fast bankerott sind, da sie zu viele Altersrenten zu bezahlen haben, geholfen wird. Die Berliner Anstalt hat so viel Geld, daß sie eigentlich gar keine Beiträge mehr zu erheben braucht. Ein guter Gedanke wäre es, die ganzen Arbeiterbeiträge entbehrlich zu machen, indem man an deren Stelle die Salzsteuer treten läßt. Auch ein Tabaksmonopol könnte diesem Zwecke dienen. In den östlichen Provinzen könnte man auch recht gut die Unfallversicherung mit der Altersversicherung verbinden. Ein Umlageverfahren kann ich dagegen keineswegs empfehlen. Wenn man aber einmal auf dem Wege der Steuern die Beiträge aufbringt, dann könnte man auch noch weiter gehen und auch die Handwerker und kleinen Bauern mit in die Versicherung einbeziehen. Ich freue mich, daß bei diesem Gesetze alle politischen Gegensätze schweigen.

Abg. **Kühn** (Soz.) bemerkt, die ganze Salzsteuer müßte aufgehoben werden, da Salz für einen großen Theil der Arbeiter die Butter zum Brote sei. In Bezug auf die Arbeiterfragen hätten sie mehr christliche Gesinnung als die anderen Parteien. Der Antrag Hitze sei nicht Fisch, noch Fleisch. Die Aufrichtigkeit der Arbeiterfreundlichkeit des Herrn v. Stumm sei ihm doch zweifelhaft. Wie er höre, stimmten die Nationalliberalen dem Antrage Hitze zu. Das sei ihm doch sehr verdächtig, wenn zwei Parteien, die vollständige Antipoden sonst seien, auf diesem Gebiete sich zusammenfänden. Etwas Gutes könne dabei keinesfalls herauskommen. Das Verhalten des Abg. Stumm erinnere lebhaft an die Sklavenhalter des Alterthums, welche die Sklaven als Maschinen behandelten. Ohne Herabsetzung der Altersgrenze verdiene das Gesetz nicht den Namen einer sozialen Reform. Redner geht unter wachsender Ungeduld und Unruhe des Hauses eingehend auf die ganze sozialpolitische Gesetzgebung ein.

Abg. **Hitze** (Ctr.) konstatirt einer Bemerkung des Vorredners gegenüber, daß das Centrum früher nicht gegen den Grundgedanken des Gesetzes gewesen sei, sondern theilweise dagegen gestimmt habe, weil ein Theil gegen den Reichszuschuß gewesen sei.

Darauf vertagt das Haus die weitere Berathung auf Dienstag 1 Uhr (außerdem erste Berathung der Gewerbeordnungsnovelle).

Schluß nach 5½ Uhr.

Provinzialnachrichten.

A. **Merseburg**, 26. Jan. [Der preußische Beamtenverein] beging gestern abend im „Tivoli" eine glanzvolle Kaisersgeburtstags-Vorfeier. Nach dem Vortrag der Jubelouverture von Weber und des ansprechenden Männerchors „O zage nicht" von Weinwurm richtete Herr Oberforstrath von Reichenau an die zahlreichen Festtheilnehmer eine zündende Ansprache, die mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Kaiser schloß. Darauf intonirte der Männerchor unter Orchesterbegleitung den machtvollen „Siegesgesang der Deutschen" von Becker, und im Anschluß hieran gab Herr Geh. Regier.- u. Schulrath a. D. Haupt in seiner Festrede ein Bild von der Entwicklung Preußens bis zur Uebernahme der Führerschaft im neuen deutschen Kaiserreiche. Den Glanzpunkt des Abends bildeten 9 „lebende Bilder." Die 8 ersten bildeten einen Cyklus „Aus der deutschen Vorzeit" mit begleitender, von Herrn Diakonus Bithorn meisterhaft gesprochener Dichtung des Herrn Regier.-Rath von Rohrscheidt. Das neunte Bild „Völker Europas, wahrt eure heiligsten Güter!" zeigte — im Anschluß an das bekannte Bild des Kaisers — den Erzengel Michael und die Personifikationen der Länder Deutschland, Frankreich, Rußland, Oesterreich, England, Italien, Niederlande.

△ **Magdeburg**, 25. Jan. [Freilassung. — Schulblatt. — Aussichtslos.] Die seiner Zeit wegen Landesverrathes mit dem belgischen Ingenieur verhafteten Frauen, Frau Richter und Tochter von hier, sind in Leipzig aus der Haft entlassen worden und wohnen wiederum hier. — Das vom Lehrerverein Magdeburg angekaufte Schulblatt der Provinz Sachsen erscheint vom 1. April ab im Kommissionsverlage der Buchhandlung von Naumann hier. Die Redaktion übernimmt Lehrer Mackeprang von der Sudenburger 2. Volksknabenschule. — Der „Lehrerverein Diesterweg" hatte vor einigen Tagen eine an den Magistrat gerichtete Petition betreffs Gewährung von Lehrerwittwen- und -Waisenpension, wie sie die Hinterbliebenen der Magistratsbeamten und der höheren Lehranstalten angestellten seminarisch gebildeten Lehrer beziehen, bei der gesammten Lehrerschaft in Umlauf gesetzt. Gestern ist dieses Bittgesuch, das auch die Rektoren unterschrieben hatten, mit Rücksicht auf die ungünstige Zeitlage bezw. auf die Aussichtslosigkeit wieder ad acta gelegt worden.

□ **Halberstadt**, 26. Jan. [Kanarien-Ausstellung.] Auf der vom hiesigen Kanarienzüchter-Verein „Canaria" veranstalteten 9. Kanarien-Ausstellung, bei welcher die Herren L. Hintze-Zerbst, C. Ulrich-St. Andreasberg und K. Volkmann das Preisrichteramt übernommen hatten, erhielten folgende Aussteller die gestifteten Ehrenpreise: W. Theuerkauf, C. Grosse, C. Götze, W. Moß, G. Thielemann und A. Baxmann von hier, Ad. Gertler-Paderborn, Raumert-Hadmersleben und C. Ihlefeldt-Wegeleben. Ferner wurden erste Geldpreise zuerkannt Römmert-Hadmersleben, Ed. Gertler-Paderborn und W. Theuerkauf hier. Außerdem wurden noch 68 zweite und 25 dritte Preise verliehen.

b. **Klostermansfeld**, 26. Jan. [Das verkaufte Kind.] Eine fast unglaubliche aber, wie man uns versichert, auf Thatsachen beruhende Geschichte hat sich vor einigen Tagen in unserem Nachbardorf Gräfenstuhl zugetragen. Zu der ledigen Auguste Sch., Mutter zweier Kinder, kamen fremde Männer, die dort kolportirten und den ca. ½ Jahr alten Knaben der Sch. sahen. Da ihnen der Kleine gefiel, wurden sie mit der Sch. handelseinig, kauften den Knaben für 10 M. mit allem „Zubehör," als Betten, Wagen ꝛc., zahlten 2 M. an und versprachen, den Rest nachschicken zu wollen. Aber schon am andern Tage erwachte die Mutterliebe in der Sch. Sie reiste den Käufern, die in der Nähe von Roßla wohnten, nach, und brachte auch den Knaben mit Sack und Pack wieder nach Gräfenstuhl zurück.

𝔖 **Kalbe (S.)**, 25. Jan. [Alte Fahnen.] Im hiesigen Rathhause befinden sich zwei alte, zerfetzte, aus den Jahren 1705 und 1795 stammende Fahnen. Die erstere, aus dunkelblauer Seide, zeigt auf beiden Seiten eine Gruppirung von Palmenzweigen mit darüber schwebender Königskrone. Das darunter sich hinziehende rothe Band zeigt nur noch Bruchstücke einer Inschrift: Pro De .... Pat ..., auf der anderen Seite .... Ma ... Anno 1705. Der Fahnenschaft ist mit einer durchbrochenen, das F. R. führenden Spitze gekrönt. Wahrscheinlich ist diese Fahne aus Anlaß der im spanischen Erbfolgekriege (1701—14) erfochtenen Siege des preußischen Heeres, nachdem die Verbündeten mehrere süddeutsche Festungen erobert, der Stadt gestiftet worden. Der Chronist Hävecker schreibt damals „Anno 1705. Den 4. Martii wurde ein Buß-, Beth- und Dank-Tag, als Gott der Herr der Alliirten Waffen mit herrlichem Sieg gezieret, und denselben considerable Festungen unterworfen hatte, abgehalten." Die andere, aus Anlaß des Baseler Friedens der Stadt gestiftete, weißseidene Fahne zeigt nur auf einer Seite das Stadtwappen mit darüber schwebendem preußischen Adler. Die Inschrift des Bandes unter dem Wappen lautet: „Gott, dem Könige, den Gesetzen und dem Vaterlande getreu." Die dicht am Unterrande sich hinziehende Inschrift lautet: „.... am 5. April 1795 geschlossenen Friedens der Bürgerschaft zum Andenken geschenkt von dem Oberbürgermeister August Friedrich Lebrecht Trending, den 24. Mai 1795."

K. **Erfurt**, 26. Jan. [Obstbau. — Einbruch.] Im Landwirthschaftlichen Kreisverein Erfurt gab am Sonnabend Hr. Friedhofsinspektor Nebenstorff ein getreues Bild von dem Obstbau im Landkreise Erfurt. Er hob dabei hervor, daß man in den meisten der 42 Ortschaften bemüht sei, den Obstbau durch Wahl guter Dauerobstsorten zu heben und durch Anlagen von Obst-Muttergärten gutes Obstbaum-Material heranzuziehen. Die vom Kreisausschuß ins Leben gerufene Obstbaukommission hatte in allen Orten das bereitwilligste Entgegenkommen gefunden. — In einer der letzten Nächte wurde der Landwirth Vogler in Mönchenholzhausen durch einen Einbrecher erheblich geschädigt. Von der Giebelseite aus drang dieser in eine Oberstube, erbrach eine Lade und stahl 380 M. in Papiergeld. 1000 M., welche in einem Glasschranke lagen, waren von dem Diebe nicht bemerkt worden.

XX **Zahna**, 25. Jan. [Thierschau und landwirthschaftliche Ausstellung.] Am 6. und 7. Juni veranstaltet der landwirthschaftliche Verein Zahna hierselbst eine Thierschau und landwirthschaftliche Ausstellung, verbunden mit einer Verloosung. Außer zahlreichen silbernen und bronzenen Staats- und Vereinsmedaillen stehen dem Verein ca. 2000 M. zu Prämiirungszwecken zur Verfügung. Für die Abtheilung Geflügel hat der Kaufmann Otto Friedrich einen Ehrenpreis von 50 M. gestiftet. Geschäftsleiter der Ausstellung ist Herr Senator Friedrich. Zahna liegt am südöstlichen Abhang des Flämings, eines kalten, kahlen Höhenrückens, der hin und wieder von tiefen Schluchten durchzogen ist und früher an so großem Wassermangel litt, daß die Dörfer meist nur je einen Brunnen besaßen, zu dem der Schulze den Schlüssel besaß. Durch die vervollkommnete Brunnentechnik ist hierin jedoch Besserung geschaffen. Charakteristisch für die Landschaft sind aber die Dorfteiche, die sich bei jedem Dorf befinden und in denen eine schwunghafte Fischzucht betrieben wird. Die Bewohner sollen von eingewanderten Vlamländern herstammen; die Städte Niemegk und Brück leiten ihre Namen von Nymwegen und Brügge her. Im dreißigjährigen Kriege wurde dieser Landstrich arg mitgenommen. Zahlreich sind die wüsten Marken, zählt doch allein das Amt Belzig nicht weniger als 65 wüste Marken oder Dorfstellen, die Bauerngüter sind daher ungemein groß, 300—500 Morgen. Bei dieser großen Ackerzahl, dem Mangel an Wiesen und guten Wegen war auch die Bewirthschaftung der Güter wenig rationell. Erst in den letzten Jahrzehnten, durch Anbau von Futtergewächsen, namentlich Kleearten, und Gebrauch des künstlichen Düngers, trat eine intensivere Wirthschaft ein, Bauerngüter, die früher höchstens 10 Stück Rindvieh besaßen, zählen jetzt deren 30—40. Der Fläming ist eine wahre Kornkammer geworden, schier unerschöpflich sind die Getreide- und Strohmengen, die zum Versand gelangen. Die Ausstellung wird uns ein anschauliches Bild geben über die Fortschritte der Landwirthschaft in hiesiger Gegend. Namentlich für landwirthschaftliche Maschinenfabriken dürfte hier noch ein Feld lohnender Thätigkeit sein.

Ψ **Freyburg**, 25. Jan. [Versetzt. — Holzauktion. — Verschwunden.] Hr. Amtsgerichtsrath Rudert wird zum 1. April als Landgerichtsrath nach Erfurt versetzt. — Bei der gestern im Schutzbezirk Schleberoda stattgehabten Auktion von Nutzhölzern wurden Eichen mit 500—700 M. — etwa 40—60 M. pro Festmeter — bezahlt. Die Preise waren 35 Proz. höher als die Taxe. — Ein von hier gebürtiges Mädchen verließ vor ca. 8 Tagen heimlich ihre Herrschaft und ist seitdem spurlos verschwunden. Es wird vermuthet, daß dasselbe den Tod in den Wellen der Unstrut gesucht und gefunden hat.

-x- **Weimar**, 26. Jan. [Wahlreformfragen. — Obstbaukurse.] Von der Freisinnigen Volkspartei und der Sozialdemokratie wird eine Massenpetition an den Landtag vorbereitet, welche das Ersuchen enthält um Ablehnung der von der Regierung ausgearbeiteten Vorlage betr. Aenderung des Landtagswahlrechts und um Einführung einer „zeitgemäßen" Reform. In letzter Hinsicht werden folgende Forderungen aufgestellt: 1. Allgemeines gleiches Wahlrecht für alle weimarischen Staatsbürger, also Beseitigung der jetzt bestehenden und auch im neuen Regierungsentwurf wieder vorgesehenen Wahl nach der Gruppirung der Wähler in „Großgrundbesitzer", „Höchstbesteuerte" und „allgemeine Wähler"; 2. direktes Wahlrecht, also Beseitigung der für die Nichtgroßgrundbesitzer und Nichthöchstbesteuerten jetzt vorgeschriebenen und auch im neuen Regierungsentwurf wieder vorgesehenen Wahl durch Wahlmänner; 3. Beibehaltung der geheimen Stimmenabgabe und der Gewährung von Diäten. Bei der gegenwärtigen politischen Lage und überwiegend konservativen Zusammensetzung des Landtages ist natürlich an einen praktischen Erfolg der Petition nicht zu denken; ihre Bedeutung liegt also mehr in der parteipolitischen Verwerthung. — Im Interesse der Förderung der heimischen Land- und Gartenwirthschaft wird der Großherzogliche Wegemeister Gang von jetzt ab alljährlich unter Beaufsichtigung des Landbaumeisters Spindler einen Lehrkursus über die Obstbaumzucht unentgeltlich abhalten. Jeder dieser Lehrkurse soll sich auf drei Tage im Frühjahr und drei Tage im Herbst erstrecken. Der erste Kursus wird in Legefeld stattfinden.

S. **Leipzig**, 26. Jan. [Verworfen.] Kürzlich war der sozialdemokratische Stadtverordnete Adé aus dem städtischen Kollegium ausgeschlossen worden, weil er nicht mehr in Leipzig, sondern in einer benachbarten Ortschaft wohnte. Seine bei der königl. Kreishauptmannschaft eingelegte Berufung wurde jedoch verworfen.

X **Gera**, 24. Jan. [Bahnhofserweiterung. — Kohlenbahn.] Bei dem Arealerwerb der Königl. Sächs. Staatsbahnverwaltung für 180,300 M. handelt es sich um ein keineswegs ausgedehntes Stück Grund und Boden. Da dasselbe aber in unmittelbarer Verbindung mit dem Bahnhofsareal, bezw. mit den Rangirgleisanlagen und dem Güterboden, sowie der Güterexpedition steht, so ist der Ankauf ohne Zweifel eine Sache der Zweckmäßigkeit. — Der Bau der Gera-Meuselwitzer Kohlenbahn soll baldigst in Angriff genommen werden.

S. **Rudolstadt**, 26. Jan. [Kommunales.] Der kürzlich im Druck veröffentlichte Verwaltungsbericht unserer Residenz auf das Jahr 1895 hebt u. a. hervor, daß die wirthschaftliche und geschäftliche Lage hier, gegenüber 1894, als besser erschien; die Industrie zeigte theilweis „sogar einen guten Geschäftsgang." — Die Hauptthätigkeit der Stadtverwaltung war und bleibt auch für die folgenden Jahre auf den Straßenausbau gerichtet (für 1896 sind hierfür wiederum 60,000 Mark vorgesehen). Trotz der infolgedessen noch weiter aufzunehmenden Anleihen werde die Kommunalsteuer „in nächster Zeit wohl kaum erhöht werden" (vermöge des jährlichen Staats-Straßenbeitrags). Im Interesse der Stadtverschönerung, ebenwie der Feuersicherheit sind eine Anzahl Scheunen am Bahnhof usw. angekauft und niedergelegt worden (für 34,000 M.); die noch stehenden werden folgen. Mit dem 1. Oktober 1900 dürfen überhaupt Scheunen innerhalb der Stadt nicht mehr als solche benutzt werden. — Gewerbliche Schieds- bezw. Vergleichsfälle sind nur 2 vorgekommen (daher s. Z. das beantragte Gewerbeschiedsgericht abgelehnt); zwei Streiks fanden statt, „ohne aber besonderen Eindruck zu hinterlassen." Die Arbeiterzahl in den Porzellanfabriken hat sich wesentlich gemehrt, freilich vorwiegend an weiblichem und jugendlichem Personal. — Der Gesammtbetrag der Schulden der Stadt belief sich Ende 1895 auf 1,611,514 M. Die Rechnungsergebnisse für 1895 liegen zwar noch nicht ganz vor, doch wird der Abschluß ohne Fehlbetrag erfolgen. Die Kommunalsteuern stiegen infolge des neuen Einschätzungsverfahrens 1894 auf 115,000 M. (1893: 85,000 M.), sodaß 1895, trotz des Schulbaues, bezw. der Anleihe von 515,000 M., die Kommunalsteuer von 140 auf 130 Prozent herabgesetzt werden konnte. — Die städtische Sparkasse hatte 1895 wieder gesteigerten Verkehr; der Reservefonds wird von 151,000 auf 161,000 M. sich steigern; der (demnächst festzusetzende) Reingewinn wird wenigstens 29,000 M. erreichen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18960127016/fragment/page=0003

Ball- und Gesellschafts-Stoffe

in **Wolle** und **Seide**, feste und klare Gewebe.

Aparte Neuheiten in reichhaltigster Auswahl in jeder Preislage.

Bruno Freytag,

Leipziger Str. 100.

Gerichtlicher Verkauf.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **Franz Eisengarten** von hier wird der Verkauf der zur Konkursmasse gehörigen:

Colonialwaaren, Cigarren, Weine, Farben, Pinsel etc.

im Wege des Meistgebots

Dienstag den 28. u. Mittwoch den 29. d. Mts. Vormittags von 9 Uhr ab im **Laden Thalamtstr. Nr. 9** fortgesetzt.

Halle a/S., den 24. Januar 1896. (s

J. Ed. Peuschel, Konkursverwalter.

Handkarte vom Mansfelder Seekreis.

50 Pfg., auf Pappe 85 Pfg., auf Leinwand in Buchform 1 Mk. (ar

Kuhnt'sche Buchhandlung (E. Graefenhan). Eisleben.

Nur Carl Koch's Nährzwieback kommt seiner Zusammenstellung u. Wirkung noch der Muttermilch gleich.

Nur Carl Koch's Nährzwieback wirkt ernährend und gedeihlich.

Nur Carl Koch's Nährzwieback macht alle Verdauungsstörungen unmöglich. Man gebe daher den Kindern, wenn sie gedeihen sollen, **Carl Koch's Nährzwieback.** Derselbe besitzt den höchsten Nährwerth, befördert die Körperzunahme, stärkt den Knochenbau und ist geeignet, das Kind vor den Folgen fehlerhafter Ernährung, als: Skrophulose, Drüsen, Darmkatarrh, Rhachitis, Knochenkrankheiten u. s. w. zu schützen.

In Packeten und Düten zu 10, 20, 30 und 60 ₰ in (d

Carl Koch's Nährzwieback-Fabrik,

Herrenstraße 1,

sowie in allen **besseren Colonialwaaren- und Drogen-Handlungen.**

Sämmtliche

Kindernährmittel

in stets frischer Qualität,

Gummiartikel

für Säuglinge u. Wöchnerinnen,

Wund- und Verbandwatten,

Binden, Guttaperchapapier 2c.

billigst bei

E. Walther's Nachf.,

Moritzzwinger 1 und Steinweg 26. (r

Globus-Putz-Extract

von **Fritz Schulz jun., Leipzig,**

die Krone aller Putzmittel.

Nur ein Concurrenz-Manöver ist es, was die Herren Adalbert Vogt & Co. wider besseres Wissen öffentlich behaupten läßt, daß mein **Globus-Putz-Extract** auf der **Weltausstellung Chicago 1893** nicht mit dem **ersten Preise prämiirt** worden wäre.

Dass meine Prämiirung auf Wahrheit beruht, bin ich jedem Interessenten bereit in meinem Comptoir zu beweisen.

Ob mein Globus-Putz-Extract von meinem General-Vertreter in Nordamerika ausgestellt worden ist, oder von mir, das geht die neidische Concurrenz nichts an, mein Putz-Extract wird dadurch nicht schlechter und die Vogt'sche Putzpomade nicht besser.

Dass mein Globus-Putz-Extract das vorzüglichste Putzmittel ist, das zu beurtheilen ist der Consument die allein maassgebende Instanz, und diesem Urtheil wird sich auch die Concurrenz fügen müssen.

Leipzig, Januar 1896. **Fritz Schulz jun.**

Die Modenwelt

Trotz abermaliger Erweiterung soll 1. Januar 1896 erscheinen **ohne jegliche Preiserhöhung. Statt früher 8** hat jetzt jede der jährlich 24 reich illustrirten Nummern jetzt 16 Seiten: Mode, Handarbeiten, Unterhaltung, Wirthschaftliches. Außerdem jährlich 12 große farbige Moden-Panoramen mit gegen 100 Figuren und 12 Beilagen mit etwa 240 Schnittmustern etc. (d

Vierteljährlich **1 Mark 25 Pf. = 75 Kr.** — Auch in Heften zu je 25 Pf. = 15 Kr. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 4508) zu haben. — Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 4507). — Probenummern in den Buchhandlungen gratis.

Normal-Schnittmuster, besonders aufgezeichnet, zu 50 Pf. portofrei.

Berlin W, Potsdamerstr. 38. — Wien I, Operng. 3.

Gegründet 1865.

Versuchen Sie

Kaufmann's Tinten

von

Aug. Weddy, *Leipz. Str. 22.*

(d

Trink-

Theebutter

nach

Wiener Art

2mal täglich frisch

gebuttert.

F. H. Krause.

Eier.

Bei **Catarrhen** von unerreicht **günstiger** Wirkung.

Der beste Schutz gegen **Erkältung** und Entzündung der **Schleimhäute.**

Jede Verschleimung wird **erfolgreich** bekämpft.

Von **medizinischen** Autoritäten bei **Halsleiden** empfohlen.

Reines Schweine-Schmalz à Pfd. 40 Pfg.

Corned Beef à Pfd. 60 Pfg.

F. H. Krause
Gr. Ulrichstraße 40,
Alter Markt 18,
Leipziger Straße 96.

Täglich frische feinste Butter.

Steuererklärungen

für die Staats-Einkommensteuer- und Gewerbesteuer-Veranlagung, sowie Vermögens-Anzeigen werden für das Steuerjahr 1896/97 sachgemäß angefertigt.

Wo? zu erfr. in der Exp. d. Ztg. (5

Italienisch lehrt ein Sprachlehrer aus Italien gründlich. Offerten unter B. 8047 an die Expedition d. Ztg.

Albert Hoffmann,

Pianoforte-Magazin,

1. Etage **Magdeburgerstr. 47** 1. Etage

Pianinos u. Flügel

in Tonschönheit und Haltbarkeit unerreicht, zu mäßigen Preisen.

12 I. Weltausstellungspreise.

Stimmungen u. **Reparaturen prompt.** (s

Woll-Strümpfe

in großer Auswahl billigst.

Berliner Engros-Lager,

Gr. Ulrichstraße 32. (r

Kl. Ulrichstr. 18a

Hof rechts part. (r

kostet das **Reinigen** einer Cylinder- oder Ancre-Uhr **1 Mk.,** **neue Feder** setze für **75 Pf.** ein, **Glas, Zeiger, Uhrbügel à 10 Pf.** Preis-Angabe der Reparatur jeder Uhr vorher. Uebertheuerung ausgeschlossen. — **Großer reeller Ausverkauf von Uhren aller Art zum Selbstkostenpreis,** indem ich meinen Laden aufgegeben habe.

J. Siede, Uhrmacher.

(s

Schwarze und grüne

Thee's

neuester Ernte, von vorzügl. Geschmack,

Vanille, Cacao's, Chocoladen, Fleischextracte, Suppentafeln 2c.

halten bestens empfohlen (r

E. Walther's Nachf.

Moritzzwinger 1 u. Steinweg 26.

T. Louis Guthmann.

Ersatz für Dörring's Seife.

Höchster Fettgehalt. Mild und wohlthätig für die Haut!

à Stück 25 Pfg.

Zu haben in feinen Parfümerien u. Droguerien

Verfasstellen durch Plakate kenntlich.

Die Expeditionen der Saale-Zeitung befinden sich

Gr. Berlin, Neue Promenade 1 und Markt 24 (Waagegebäude).

Für den Anzeigentheil verantwortlich: W. König in Halle.

Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.

Mit 2 Beiblättern und Unterhaltungsblatt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18960127016/fragment/page=0004